

 ZUGANG ZU REGIERUNGSMITGLIEDERN

Kulturstaatsminister Weimer wehrt sich gegen Vorwürfe: „Die Rechten setzen gezielte Diffamierung als Waffe ein“

Wolfram Weimer weist den Vorwurf, seine Verlagsgruppe verkaufe beim Ludwig-Erhard-Gipfel bezahlte Zugänge zu Regierungsmitgliedern, entschieden zurück. Er spricht von Kampagnen „rechter Portale“.



Sophie-Marie Schulz

18.11.2025

🔄 19.11.2025, 06:16 Uhr



Kulturstaatssekretär Wolfram Weimer
dpa

Kulturstaatsminister Wolfram Weimer hat Vorwürfe zurückgewiesen, die von ihm mitgegründete Weimer Media Group vermarkte beim Ludwig-Erhard-Gipfel bezahlten Zugang zu Regierungsmitgliedern.

In einem schriftlichen [Interview mit der Welt](#) sprach Weimer von „nicht zutreffenden Behauptungen“, die von „rechten Portalen“ verbreitet werden. Die Vorwürfe seien Teil einer „orchestrierten Kampagne“, juristische Schritte seien eingeleitet: „Medienanwalt Prof. Christian Schertz ist nun eingeschaltet worden.“

Weimer: Minister seien „nicht käuflich“

Hintergrund ist eine Recherche des Portals Apollo News, über die [auch die Berliner Zeitung berichtete](#). Demnach sollen Unternehmen beim Ludwig-Erhard-Gipfel am Tegernsee gegen Zahlungen von bis zu 80.000 Euro Sponsoringpakete erhalten können. Die Pakete schließen auch den Kontakt zu anwesenden Kabinettsmitgliedern ein.

In internen Unterlagen wird dabei von „Einfluss auf die politischen Entscheidungsträger“ gesprochen.

Weimer stellte klar, Minister seien „nicht käuflich“. Die Formulierung in den Dokumenten bezeichnete er als „Unterstellung“, gegen die sich die Weimer Media Group zur Wehr setze. Weiter heißt es: „Die Rechten setzen gezielte Diffamierung als Waffe der politischen Auseinandersetzung ein.“

Er betonte mehrfach, seit seinem Wechsel ins Kanzleramt keinen operativen Einfluss mehr auf das Unternehmen auszuüben: „Ich habe das Geschäftsführermandat niedergelegt, auch kein Beratermandat. Es gibt eine glasklare Trennung zwischen meiner Tätigkeit als Minister und der meiner Frau als Geschäftsführerin.“



G+ Merz-Regierung plant grüne Quote für Gasheizungen: Haushalten drohen spürbare Mehrkosten

Politik 18.11.2025



G+ Deutschland und Frankreich streiten in Berlin über Europas Digitalpolitik

Internationales 18.11.2025



Dass er weiterhin 50 Prozent der Verlagsanteile hält, wertet Weimer nicht als Problem: „Seit meiner Ernennung zum Staatsminister habe ich keinen aktiven Part mehr in der Weimer Media Group. Es gelten die Regeln des Bundesministergesetzes.“

Die Stimmrechte würden „vertraglich von der Mitgesellschafterin ausgeübt“, also seiner Ehefrau Christiane Goetz-Weimer. Auf die Frage, ob er über die Sponsoringunterlagen vorab informiert gewesen sei, erklärte er: „Ich habe darüber keine Kenntnis und auch ehrlicherweise keine Zeit dafür.“ Er selbst habe an den Veranstaltungen seit seinem Regierungsamt nicht mehr teilgenommen.

Ein Aussetzen des Gipfels komme nicht infrage

Weimer verwahrte sich gegen die Forderung, die Gipfel seiner Verlagsgruppe während seiner Amtszeit auszusetzen. Das würde „einem Berufsverbot für meine Frau“ gleichkommen und sei mit Blick auf Familienunternehmen „völlig wirklichkeitsfremd“.

Auch auf den Vorwurf, Mitarbeiter seines Ministeriums könnten an der Vermarktung beteiligt sein, sagte Weimer: „Natürlich nicht.“

Die Weimer Media Group hatte bereits zuvor erklärt, der Ludwig-Erhard-Gipfel sei eine „offene Plattform“ für politischen Austausch und der Vorwurf eines Verkaufs von Einfluss „entschieden zurückzuweisen“. Eine Compliance-Prüfung der staatlichen Förderung in Bayern läuft.

Dieser Artikel wurde auf berliner-zeitung.de veröffentlicht.